

Deutschland.

Berlin, 17. Jan. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat der verewigten Fürstin Wilhelmine Luise von Preußen mit der Jahreszahl 1813/14 verliehen.

Se. Majestät der König hat dem bisherigen zweiten Bürgermeister der Stadt Potsdam, Heinrich Ludwig Wilhelm Gohlin, den Charakter als Geheimer Regierungsrath verliehen, und in Folge der von der Stadtverordnetenversammlung zu Düsseldorf getroffenen Wahl, den bisherigen Bürgermeister in Mölla, Eduard Rauch, als besoldeten Beigeordneten der Stadt Düsseldorf für eine zwölfjährige Amtsdauer bestätigt.

Dem ordentlichen Lehrer Dr. Fode am Gymnasium in Münster ist das Prädikat „Oberlehrer“ beigelegt worden. An dem evang. Schullehrer-Seminar zu Friedrichshagen ist der Rector Grabowski zu Königs als erster Lehrer angestellt worden.

Berlin, 17. Jan. [Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern militärische Meldungen entgegen und empfing das Präsidium des Herrenhauses. — Abends empfing Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz auf dem Anhalter Bahnhof Se. Königl. Hoh. den Großherzog von Sachsen, sowie Ihre Königl. Hoh. die Landgräfin von Hessen und die Prinzessin Luise von Preußen.

Berlin, 17. Jan. [Bevölkerungslisten. — Prinzessin Karl. — Dementi.] Dem Bundesrath ist seitens des Reichskanzlers eine von dem statistischen Amt aufgestellte Uebersicht der Bevölkerungszahlen des Deutschen Reichs nach der Zählung vom 1. Decbr. 1875, nebst zwei Beilagen, enthaltend die Ergebnisse der von den Bundesregierungen aufgestellten Uebersichten: 1) über die Begrenzung der Bevölkerung der Directivbezirke für die Verwaltung der Jölle und gemeinschaftlichen indirecten Steuern, sowie der Zollauschüsse des Deutschen Reichs und 2) über die Begrenzung und Bevölkerung der Armeekorpsbezirke des Deutschen Reichs vorgelegt worden. Danach betrug bei der Zählung die orisamweseude Bevölkerung überhaupt in Preußen 25,742,404, in Baiern 5,022,290, in Sachsen 2,760,586, in Württemberg 1,881,505, in Baden 1,507,179, in Hessen 884,218, in Mecklenburg-Schwerin 553,785, in Sachsen-Weimar 292,933, in Mecklenburg-Strelitz 95,673, in Oldenburg 319,314, in Braunschweig 327,493, in Sachsen-Meinigen 194,844, in Sachsen-Coburg-Gotha 182,599, in Anhalt 213,565, in Schwarzburg-Rudolstadt 76,676, in Schwarzburg-Sondershausen 67,480, in Waldeck 54,743, in Reuß a. L. 46,985, in Reuß j. L. 92,375, in Schaumburg-Lippe 33,133, in Lippe 112,452, in Lüneburg 56,912, in Bremen 142,200, in Hamburg 388,618, in Elsaß-Lothringen 1,531,804, zusammen im Deutschen Reich 42,727,260. Darunter waren Reichs- ausländer 290,799. — In dem Befinden der Prinzessin Carl war in der vorigen Nacht in Folge sehr heftigen Erbrechens eine Erleichterung eingetreten, woraus geschlossen wurde, daß die Lebensgefahr wieder hinausgeschoben sei. Es fragt sich allerdings, ob die hohe Kranke auch die große Schwäche noch länger überwindet. Heute Mittag waren wieder sehr ungünstige Nachrichten verbreitet. — Die „Börsen-Ztg.“ berichtet heute wieder das bereits als abgethan geltende Gerücht auf, daß der Feldmarschall von Manteuffel in russische Dienste überzutreten werde. Auch jetzt muß dieser Nachricht auf das Bestimmteste widersprochen werden. Es kann versichert werden, daß dem genannten hohen Militärs eine solche Absicht auch nicht im Entferntesten in den Sinn gekommen ist.

Berlin, 17. Jan. [Der Schutz der nützlichen Vogelarten. — Die Klassensteuer. — Die Stichwahlen in Berlin.] Nachträglich ist aus der letzten Reichstags-Session noch der Commissionsbericht über den Gesetzentwurf, betreffend den Schutz nützlicher Vogelarten, nach dem Antrage des Fürsten Hohenlohe-Schillingen erschienen. Der Bericht ist vom Abg. Dohrn in sehr umfassender und übersichtlicher Weise erstattet. Es geht daraus hervor, daß die Verathung 7 Sitzungen in Anspruch genommen und die Commission sich mit der deutschen ornithologischen Gesellschaft in Verbindung gesetzt hat, um sachverständige Gutachten zu erhalten. Außerdem war eine Reihe schriftlicher Gutachten aus verschiedenen Theilen des Reichs eingegangen, welche für die Verathung maßgebend waren. Welchen Werth die Reichsregierung auf die Materie legte, ging daraus hervor, daß sowohl das Reichskanzleramt, wie das auswärtige Amt Vertreter zur Theilnahme an den Verathungen entsendet hatten. Der Antragsteller begegnet dem Vorwurf einer unzureichenden Vorbereitung der Vorlage durch die Mittheilung, daß er sowohl dem landwirthschaftlichen Minister Preußens, wie auch dem landwirthschaftsrathe vor längerer Zeit seinen Entwurf mitgetheilt und allem Anschein nach deren Zustimmung erfahren habe. Die Vertreter der Regierung erklärten, daß Befuß internationaler Verträge Unterhandlungen längst eingeleitet seien und man demnach zu dem österreichisch-italienischen Verträge Stellung zu nehmen haben werde. Dazu sei es aber für die Reichsregierung mindestens wünschenswert, eine gesetzliche Umschreibung ihrer Befugnisse als Grundlage zu erhalten. Diese Erklärung wurde im Laufe der Verhandlungen durch die fernere Mittheilung ergänzt, daß seitens der österreichischen Regierung eine Auforderung an das Reich zum Anschluß an den österreichisch-italienischen Vertrag ergangen sei. Die Commission hat sowohl die mehrfach geäußerten Bedenken als die Einwände aus ornithologischen Erwägungen entkräftet und den Entwurf mit vielfachen Modificationen angenommen, dagegen die Liste der zu schonenden Vogel-Arten wesentlich reducirt und auf 17 Vogelarten beschränkt. Wir hören, daß Verathungen und Bericht der Commission für die Reichs-Gesetzgebung nicht verloren sein sollten. — Die dem Abgeordnetenhaus vorgelegte Nachweisung über die Klassen- und classifizierte Einkommensteuer für das Jahr 1876 ergibt, daß in sämmtlichen Steuerflüssen zur Klassensteuer 4,998,228 Personen mit einem Steuerbetrage von 44,493,363 M. veranlagt waren. Es ist für 1876 hierdurch gegen das Soll von 43,413,303 M. ein Ausfall von 403,053 M. entstanden, welcher im Jahre 1877 zur Ausgleichung gelangen wird. Was die Einkommensteuer betrifft, so beträgt die Zahl der in sämmtlichen Steuerflüssen veranlagten Pers. 157,096, mit einem Steuerbetrage von 31,054,554 M. Von den Einkommensteuerspflichtigen waren im Vorjahre noch 12,215 zur Klassensteuer veranlagt, welche in diesem Jahre eine Einkommensteuer von 1,236,824 M. entrichtet haben. — Die Organe der Regierungspresse erheben sich ohne Noth über angebliche Versöhnungsbestrebungen zwischen der Fortschrittspartei und den Nationalliberalen; namentlich wird den letzteren durchwegs mit Unrecht der Vorwurf solcher Annäherungs-Ver-

suche gemacht. Sie haben allerdings sich von Angriffen auf die Fortschrittspartei freigehalten, während letztere namentlich in Berlin unermüdlich in Angriffen der ersten bleibt. So hat gestern Abend in einer im großen Saale der Passage abgehaltenen Wählerversammlung der Landtagsabgeordnete von Sauten-Darputsch über die Nothwendigkeit fortschrittlicher Nachwahlen in Berlin gesprochen und bei dieser Gelegenheit die Nationalliberalen mehrfach angegriffen. Es ist erfreulich, daß in dieser Beziehung die Provinzen das unerschütterliche Vorgehen der Reichshauptstadt unbeachtet lassen. Das Resultat der Berliner Stichwahlen ist mit ziemlicher Sicherheit vorauszuweisen. Im ersten Wahlkreise wird vermuthlich Jordanbeck durchzubringen sein, im zweiten Klotz, im dritten Herz gewählt werden. Der letztere wird, wie man jetzt bereits weiß, das ihm in Baiern angetragene Mandat annehmen und die Berliner Fortschrittspartei dann den in seinem bisherigen Wahlbezirk durchgefallenen Herrn von Sauten-Darputsch durchzubringen versuchen, der also gestern gewissermaßen seine Probedebattenrede gehalten hat.

Ueber die Krankheit der Prinzessin Carl schreibt die „Prov.-Corresp.“: Unser Kaiser und das gesammte königliche Haus sind in diesen Tagen schmerzlicher bewegt und erregt durch die lebensgefährliche Wendung, welche die Krankheit Ihrer königl. Hoheit der Frau Prinzessin Carl seit einigen Tagen genommen hat. Das Kaiserpaar und die königliche Familie sind fast unausgesetzt in der Nähe der schwer Leidenden versammelt. Die Kaiserin bringt mit dem tief erschütterten Prinzen Carl und dessen Familie die Nächte am Krankenlager ihrer Schwester zu. — Auch in der Bevölkerung äußert sich die innigste Theilnahme an dem schmerzlichen Leiden der Prinzessin, welche sich von jeher einer großen Beliebtheit in allen Kreisen erfreute. Sie ist bekanntlich die ältere Schwester unserer Kaiserin und ihre Heirath mit dem Prinzen Carl fand (1827) zwei Jahre früher als die unserer jetzigen Kaiserpaars statt. Nach der Verlobung schrieb Wilhelm von Humboldt von Weimar an Stein: „Die Prinzessin ist nicht nur von sehr schönem Wuchs und sehr einnehmender Gesichtsbildung, sondern auch von dem sanftesten, besten Charakter und besitzt außer den Kenntnissen und der äußeren Bildung, die man in ihrem Stande voraussetzen kann, auch die innere, deutsche, die sie gerade in Weimar vorzüglich gut erhalten konnte.“ Die Eigenschaften, welche damals der jungen Prinzessin nachgerühmt wurden, haben sich in ihrem Leben und Walten jeder Zeit bewährt und ihr Zuneigung und Achtung in den weitesten Kreisen gesichert. Um so aufrichtiger theilt die Bevölkerung die jetzigen schweren Sorgen unseres Kaiserhauses.

Ueber die Wahlen bringt die „Prov.-Corresp.“ folgenden officiellen Artikel:

Die politische Bedeutung der Wahlen ist nach zwei Seiten ins Auge zu fassen, einerseits die nächste parlamentarische Bedeutung, andererseits die Bedeutung für die innere politische Lage überhaupt.

Die Folgen der Wahlen für den nächsten Reichstag werden sich erst bestimmter übersehen lassen, wenn die Nachwahlen vollzogen und damit die Stärke der einzelnen Parteien endgültig festgestellt ist. Vorläufig fallen zwei Punkte ins Gewicht, einestheils die Stärkung der rechten Seite des Hauses, welche in der Vereinigung aller conservativen Kräfte nahezu 80 Stimmen betragen wird, andererseits die stärkere Scheidung der national-liberalen Partei von der demokratischen Fortschrittspartei. Bei den Reichstagswahlen ist zunächst erreicht worden, daß die national-liberale Partei sich auf ihre eigenen Füße gestellt hat, und die Auseinanderbewegung, welche den Schluß der vorigen Session und die gesammte Wahlbewegung bezeichnet haben, können um so weniger ohne dauernde Folgen für die Parteistellungen bleiben, als inzwischen das mächtige und drohende Hervortreten der socialdemokratischen Partei ein neues wichtiges Moment politischer Erwägungen hinzugebracht hat. Von der national-liberalen Partei wird seitdem mit der größten Entschiedenheit verhandelt, daß es sich jetzt vor Allem um den festen Zusammenschluß aller staatsverhaltenden Kräfte handle.

Die größere Zahl socialdemokratischer Abgeordneten wird im Reichstage selbst zunächst schwerlich von großer Bedeutung sein: wenn dieselbe sich bei den Nachwahlen auf 15 steigern sollte, so würde es allerdings künftig in der Hand der socialdemokratischen Fraktion liegen, selbstständige Anträge im Reichstage zu stellen und dadurch jeder Zeit Gelegenheit zu agitatorischen Verhandlungen zu finden. Im Uebrigen wird die Verneuerung der Zahl der Abgeordneten der socialdemokratischen Partei sicherlich zugleich einen Zuwachs an geistiger Kraft und an parlamentarischem Einfluß derselben bringen.

Die große Bedeutung der socialdemokratischen Wahlen liegt vielmehr in der thatsächlichen Bewahrung der Macht, welche der Socialismus in weiten Volkskreisen bereits gewonnen hat und in der hierin zu erkennen- den Bedrohung der bürgerlichen Gesellschaft. Wenn bisher auf die Macht und Gefahr der socialdemokratischen Bewegung hingewiesen wurde, so wurden die warnenden Stimmen meist überhört und namentlich von Seiten der Fortschrittspartei als bloße Gespensterfabeln behandelt. Jetzt ist auch den Ungläubigsten klar geworden, daß diese vermeintliche Gespenst nicht bloß Fleisch und Bein, sondern auch alle Aussicht hat, sich auf dem Boden der Wirklichkeit als eine Macht Geltung zu verschaffen. Das Wachstum der socialdemokratischen Streitkräfte ist nicht nach der Zahl der schließlich errungenen Sitze zu bemessen, sondern es kommt vor Allem in Betracht, daß die sociale Agitation in allen größeren Sammelpunkten der arbeitenden Bevölkerung Macht genug gewonnen hat, um entweder ihre eigenen Candidaten durchzusetzen oder doch einen entscheidenden Einfluß auf den Ausgang der Wahl zu üben.

Ueber die Gefahr, welche diese Wahrnehmung in Bezug auf die gesellschaftliche Ordnung und Sicherheit, sowie in Bezug auf die höchsten moralischen Güter des Volkes in sich birgt, kann für keinen verständigen Politiker, welcher Partei er sonst angehört, ein Zweifel obwalten. Zu welchen Zielen die socialistische Bewegung führt, das ist seit den Grundlehren des Bürgerkrieges in Frankreich und Spanien dem Gedächtnis der Menschheit von Neuem eingegräbt. Vernichtungskrieg gegen die bestehende Ordnung in Staat und Gesellschaft, gegen Religion und Kirche, gegen Familie und Eigentum, das war das Programm der französischen und spanischen Communisten, und die Socialdemokraten bei uns haben sich richthilsslos zur Gemeinschaft mit jenen ausländischen Genossen in Grundzügen und Zielen bekannt. Gegen solche Widerjacher werden Angesichts der Macht, die sie bereits errungen, alle guten Kräfte der Nation zu vereinten Anstrengungen zusammen zu fassen sein, um den steigenden Fluthen der drohenden Bewegung feste Dämme entgegen zu setzen.

[Zu den Reichstagswahlen] schreibt der „Reichs-Anz.“: In der gestern veröffentlichten Uebersicht über die amtlichen Ergebnisse der Reichstagswahlen fehlten noch die Resultate aus 4 Wahlbezirken, die wir nachträglich mittheilen: Großherzogthum Baden: 4. Wahlkreis Pfälzer, Landwirth zu Vörsch. Großherzogthum Sachsen-Weimar: 3. Slevoigt, Kreisgerichts-Assessor (Jena). Elsaß-Lothringen: 12. Jauernitz, Bürgermeister in Saargemünd. 15. Germain, Gutbesitzer zu Sommering.

[Verhütung des Zusammenstoßes der Schiffe auf See.] Am 15. ist hieselbst unter dem Vorsitze des Herrn Geheimen Regierungsrathes Dr. Köning eine Commission zusammengetreten, um sich mit der internationalen Gesetzgebung, betreffend die Verhütung des Zusammenstoßes der Schiffe

auf See, zu beschäftigen. Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich hat bekanntlich im § 145 dem Kaiser das Recht vorbehalten, zur Verhütung des Zusammenstoßes von Schiffen auf See, über das Verhalten der Schiffe nach einem Zusammenstoße von Schiffen auf See, oder in Betreff der Noth- und Rettungsanordnungen für Schiffe auf See und auf Küstengewässern, Verordnungen zu erlassen. Auf Grund dieses Vorbehalts ist für Deutschland unter dem 23. December 1871 eine seit dem 1. Januar 1872 in Kraft stehende kaiserliche Verordnung ergangen, welche in einundzwanzig Artikeln zur Verhütung des Zusammenstoßes von Schiffen auf See Vorfälle trifft und speciell über das Führen von Lichtern, über die Anwendung von Nebelsignalen und über das Ausweichen der Schiffe Bestimmungen enthält. Diese Bestimmungen stehen im Einklange mit den von den anderen Seefahrt treibenden Staaten erlassenen Anordnungen, bilden also gewissermaßen internationales Recht. Im Laufe der Zeit hat sich eine Revision der Vorschriften nothwendig gemacht und insbesondere haben Frankreich und England Commissionen zur Prüfung der Sachlage eingesetzt, aus deren Verathungen einige Vorschläge auf Abänderung des bestehenden Rechts hervorgegangen sind. Selbstredend wird diese Abänderung zweckmäßig erst dann ins Werk gesetzt, wenn darüber unter den Nationen eine Verständigung stattgefunden hat, um die Gleichartigkeit des Rechts nicht in Frage zu stellen. Die gegenwärtig vom Reichskanzleramt einberufene Commission von Sachverständigen hat also die Aufgabe, die Verordnung vom 23. Dec. 1871 einer Revision zu unterziehen, die anderweitig gemachten Abänderungs-Vorschläge zu prüfen und event. weitere Abänderungs-Vorschläge zu machen. Zu gleichem Zwecke sind bereits früher von der kaiserlichen Admiralität, Preußen, Mecklenburg, Oldenburg, Lübeck, Bremen und Hamburg gutachtliche Berichte eingefordert und erstattet; dieselben liegen der Commission vor. Die Aufgabe, einen Gesetz-Entwurf vorzubereiten, der event. dem Reichstage vorzulegen, wozu einige Väter vorhaben, hat die Commission nicht; dieser Weg verbietet sich wegen des internationalen Charakters der Sache.

B.C. [Der Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten.] bestehend aus dem Obertribunals-Vizepräsidenten v. Heinricus (Vors.), den Obertribunals-Rathen Eggeling, Hartmann, Kappold, Kannegeiser, dem Oberbürgermeister v. Jordanbeck und dem Pfarrer Dr. Nieben, verhandelte heute zwei gegen den Decan Rezniewski zu Jarocin und resp. den „Geheimen päpstlichen Delegaten, Domherrn Kurowski zu Posen wegen fortgesetzter Zuwiderhandlungen gegen die Staatsgesetze auf Amtsenthebung gerichtete Anklagen. Die erstere führte in Betreff des R. vier verschiedene in der Zeit vom September bis December 1874 begangene Fälle an, namentlich, daß er die in seiner Verwaltung befindlichen Kirchenbücher von Wlodziejewski, deren Pfarre erledigt war, der requirirenden Staatsbehörde trotz zweier Executionsbefehle von resp. 10 Jhr. und 4 Wochen Gefängnis nicht herausgegeben, daß er ferner der behördlichen Aufforderung des Commissions für die erzbischöfliche Vermögensverwaltung, über die Grenzen und sonstige Verhältnisse des in seinem Kirchengebiet liegenden Pogorzeller Pfarwalbes Bericht zu erstatten, trotz einer Executionsbefehl von 30 Jhaler nicht nachgekommen, daß er sodann in der Kirche zu Wlodziejewski im October und November geistliche Amtshandlungen, zu denen er gesetzlich nicht berufen und kraft seines Decanats allein gar nicht berechtigt war, vorgenommen (er war hierfür ebenfalls mit 30 Jhaler Geldstrafe belegt worden) und schließlich, daß er — was am meisten gegen ihn ins Gewicht fällt, — im December 1874 von der Kanzel der Kirche zu Wlodziejewski aus, angeblich im Auftrage der geistlichen Behörde und eines (ungenannten) päpstlichen Delegaten, vor versammelter Gemeinde feierlich die große Excommunication (Anathem) des Propheten Rubekal in Kions, der, seiner Behauptung nach, „unverschämte und hinterlistig eingebrungen“ war, ausgesprochen hatte. Die Ansicht des ersten Strafrichters und des Appellations-Gerichts zu Posen bezüglich dieser Handlung ging dahin, daß dieselbe nicht in das Gebiet der dem R. als Pfarrer oder Decan zustehenden Amtshandlungen, sondern in das der bischöflichen Functionen falle, und daß sich R. in Rücksicht darauf, daß die große Excommunication auch den bürgerlichen Verlehr der Gläubigen mit dem Excommunicirten bei Strafe verbietet, damit auch einer schweren Verletzung des Propheten Rubekal schuldig gemacht habe. Auf Grund dieser Thatfachen, die zu einer Beurtheilung des R. zu 1½ Jahr Gefängnis führten, beantragte das Oberpräsidium der Prov. Posen und mit ihm heute der als Vertreter des öffentlichen Ministeriums fungierende Assessor von Richterhof die Amtsenthebung des R., die auch vom Gerichtshof ausgesprochen wurde.

Die zweite Anklage betraf den Domherrn Kurowski zu Posen, welcher nach der Inhabung des Erzbischöflichen Decanats und des Weibischöflichen Janicewski heimlich und ohne Genehmigung des Oberpräsidiums deren bischöfliche Functionen unter dem Titel eines päpstlichen Delegaten übernommen, als solcher in den Jahren 1874 und 1875 die Excommunication der Probst Rubekal und Mid veranlaßt, dem Probst Jozefowski die große Excommunication angedroht und an die Geistlichen der Diocese Instructionen und Admonitionen gerichtet haben soll, welche unter Verwammung der staatsgetreuen Geistlichen den Widerstand gegen die Kirchengesetze nähren sollen. Namentlich richteten sich diese theils von Posen, theils von Breslau aus per Post an die Adressaten gelangten und mit „Delegatus“ unterzeichneten Instructionen und Admonitionen, deren Inhalt schließlich allein die Basis der Anklage bildete, gegen die Civile, welche als vor Gott nicht erklärt wurde. Des Vergehens gegen die Kirchengesetze angeklagt, wurde R. zu 2 Jahren Gefängnisstrafe verurtheilt, indem nämlich seine Identität mit dem „Delegatus“ aus mehreren Indicien, aus seiner Verbindung mit dem „officiösen“ Organ der bischöflichen Kurie, dem „Kurver Pognanski“, ferner aus den Aussagen zweier Confessoralbeamten, sowie durch die von dem bekannten Schriftführer-Verständigen Henke und dem Cangleirath Wefke vorgenommene Vergleichung der Handschriften und aus dem Umfange für erwiesen erachtet wurde, daß das auf den Briefen abgedruckte Siegel gutachtlich von einem in der Behauptung des R. vorgefundenen Beschäftigten herrühre. R. hatte sein Erscheinen im heutigen Audienstermin mit dem Bemerkten abgelehnt, daß er die Competenz des Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten nicht anerkenne. Es wurde deshalb in contumacia gegen ihn verhandelt und auf Grund der richterlich festgestellten Thatfachen aus § 24 des Gef. v. 12. Mai 1873 ebenfalls auf Amtsenthebung erkannt.

[Sr. Majestät Schiff „Augusta“] ankerte am 15. December 1876 Morgens auf der Rbe von Rappst und gedachte nach erfolgter Ausrüstung die Reise nach Sidney fortzusetzen. — An Bord Alles wohl.

Dornik, 17. Januar. [Probst Nowaki aus Grin] wurde gestern durch den Landrathsamtsverweiser v. Nathusius hier eingeführt.

Schwerin, 16. Jan. [Cabinetstjustiz.] In der Ansprache, welche das Berliner Central-Wahlcomité der national-liberalen Partei zur Vertheilung des Verhaltens der Partei gegenüber den Justizgesetzen Ende vorigen Monats veröffentlichte, findet sich folgender Satz: „Cabinetstjustiz, wie sie theilweise noch in Mecklenburg, Sachsen und Meiningen bestand, darf nicht mehr geübt werden.“ Diese Hinweisung auf Mecklenburg erregte in einem Theile unserer Presse großes Befremden und die gubernementalen „Mecklenb. Anz.“ suchten unser Land von demselben dadurch rein zu waschen, daß sie die Achtung der Regierung vor der Unabhängigkeit der Gerichte und die Wahrung dieser Unabhängigkeit seitens des mecklenburgischen Richterstandes hervorhoben. Hiergegen aber weist die „Rost. Ztg.“ auf den Eingriff in die Rechtspflege hin, welchen sich der verstorbene Staatsminister v. Bergen im Jahre 1865 bei der Unterdrückung gegen die Mitglieder des deutschen Nationalvereins zu Rostock erlaubte, indem er den Rostocker Rath durch militärische Execution zwang, an Stelle eines von ihm als Gericht zweiter Instanz gefällten freisprechenden Erkenntnisses das verurtheilende Erkenntnis erster Instanz zur Ausführung zu bringen. Der Fall, welcher damals in ganz Deutschland berechtigtes Aufsehen erregte, ist mit den vollständigen Actenstücken in der Schrift: „Der Prozeß gegen die Mitglieder des Nationalvereins in Rostock, mit Actenstücken, betr. den Prozeß, die Annulirung des freisprechenden Erkenntnisses und Fällung eines Strafurtheils durch die großherzogliche Regierung und die wegen Hemmung des Rechtslaufs an die Bundes-Versammlung gerichtete Beschwerde“ (Frankfurt

a. M. 1865) dargestellt. Die hier abgedruckte an die Bundes-Versammlung gerichtete Beschwerde wurde dem damaligen badischen Bundesgeschäftsführer N. v. Mohl zur Berichterstattung überwiesen. Der Bericht fiel entschieden zu Gunsten der Beschwerdeführer aus. Die Angelegenheit kam aber nicht mehr zur Verhandlung, da die Ereignisse des Jahres 1866 dem Dasein des Bundestages ein Ziel setzten. In Veranlassung dieses Vorganges geschah es, daß der Artikel 77 der Reichsverfassung, welcher von gesammter Rechts- pflege handelt — auf Antrag des Abg. Julius Wiggers — aus der alten Bundesacte in die Verfassung des Norddeutschen Bundes aufgenommen wurde, von wo er denn in die jetzige Reichsverfassungs-Urkunde überging. Ein Versuch, den Bundesrath des Norddeutschen Bundes zur Prüfung der Beschwerde zu veranlassen, wurde damit abgelehnt, daß der Bundesrath sich für Beschwerden, welche aus der Zeit vor Gründung des Norddeutschen Bundes stammten, incompetent erklärte. Darüber aber kann kein Zweifel bestehen, daß die 38 Moskauer Beschwerdeführer, welche die oben gedachte Eingabe an die Bundes-Versammlung unterzeichneten, vollkommen im Rechte waren, wenn sie in derselben bezüglich des Verfahrens der großherzoglichen Regierung in dieser Angelegenheit behaupteten: „Es ist unabweisbar, daß hier ein Fall der Cabinetsjustiz vorliegt.“ Wahrscheinlich hat das Central- Wahlcomité der nationalliberalen Partei diesen Fall vor Augen gehabt, wenn es bemerkte, daß in Mecklenburg theilweise noch Cabinetsjustiz bestanden habe, und der Fall rechtfertigt diesen Ausspruch hinlänglich.

Hamburg, 16. Januar. [Kaiserliches Schreiben.] Auf das vom Senate an den Kaiser gerichtete Beglückwünschungsschreiben zur Feier des 70jährigen Militär-Jubiläums ist die folgende Erwiderung an den Senatpräsidenten gerichtet:

Mit lebhafter Befriedigung habe Ich die Glückwünsche entgegengenommen, welche der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg in dem Schreiben vom 1. d. M. Mir aus Anlaß der Feier Meines 70jährigen Militär-Jubiläums dargebracht hat. Indem Ich Sie erlaube, dem Senate Meinen verbindlichsten Dank für die Mir bewiesene Theilnahme auszusprechen zu wollen, freut es Mich, eine Gelegenheit zu haben, um die Freie Stadt der Fortdauer Meiner Ihr gewidmeten freundschaftlichen Gefinnungen zu versichern.

Berlin, den 8. Januar 1877. Wilhelm.

An den Präsidenten des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg.

Elberfeld, 16. Januar. [Zur Stichwahl für den Reichs- tag.] In einer gestern Abend im „Hotel Hegelich“ in Unterbarmen abgehaltenen, zahlreich besuchten Versammlung der Fortschrittspartei wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, bei der am Donnerstags, den 18. Januar, stattfindenden engeren Wahl den ihr nächststehenden Candidaten der nationalliberalen und freiconservativen Partei, Andreas Prell in Elberfeld, zu unterstützen. Die Fortschrittspartei hat damit einen Beschluß gefaßt, wie er im Interesse der eigenen Partei erwartet werden mußte, ebenso wie, falls es sich bei der Stichwahl um Herrn Bürger gehandelt hätte, nach den früher von uns mitgetheilten Erklärungen auch die nationalliberale Partei für den fortschrittlichen Candidaten eingetreten sein würde.

Frankfurt a. M., 16. Jan. [Resolution.] Der Verein der Fortschrittspartei hat in seiner gestrigen Sitzung folgende Resolution einstimmig angenommen:

„In Erwägung: erstens, daß bei der bevorstehenden Stichwahl es sich lediglich und allein um die Entscheidung über einen der Fortschrittspartei fremde Candidaten handelt, zweitens, daß wir von dem Candidaten des Frankfurter Wahlvereins ein rückhaltloses Bekenntnis zu unseren freiheitlichen Grundsätzen und deren strenge Befolgung nicht zu erwarten haben, daß aber, drittens, der Candidat der demokratischen Partei für seine Haltung in nationalen Fragen eine Bürgschaft nicht bietet, ja solche geradezu von sich abgewiesen hat, beschließt der Verein der Fortschrittspartei, von Vereins wegen keinen der beiden Candidaten zu empfehlen.“

De sterreich.

Wien, 17. Jan. [Bei dem gestrigen Empfange] an der deutschen Botschaft war auch Graf Andrassy anwesend.

Frankreich.

Paris, 15. Jan. [Die gemischten Commissionen, der Justizminister und der Cassationshof. — Kirchliches. — Bonapartistisches. — Proceß der Familie Montalembert gegen Pater Hyacinth. — Martel. — Rameau.] Die letzte Kammerversammlung, in welcher die Regierung entschieden gegen die gemischten Commissionen des Kaiserreiches Partei nahm, hat einen starken Eindruck hinterlassen. Die Journale sind noch voll von diesen Debatten; die reactionären Blätter greifen um die Wette die Minister an, weil dieselben angeblich die Würde der Justiz verletzt haben; in der „Gazette“ insultirt heute M. Michell insbesondere den Justiz-Minister und seinen Unterstaatssecretär Méline. Man wartet jetzt mit Spannung auf die Entscheidung des Cassationshofes, welchem der bekannte Proceß von Besancon unterbreitet worden ist. Es ist keineswegs gewiß, daß dieser oberste Gerichtshof dem Verdammungsurtheil, welches die Kammer über die gemischten Commissionen ausgesprochen hat, unbedingt beitreten wird; er hat schon einmal in einem ähnlichen Proceß erklärt, daß die Mitglieder jener Commissionen nicht verfolgt werden könnten, weil ihre Stellung durch die spätere Verfassung gedeckt worden sei. Freilich war damit das Verfahren der Commissionen nicht eigentlich entschuldigt worden. John Lemoine widmet dieser Angelegenheit in den „Debats“ einen Artikel, an dessen Schlusse es heißt: „Der Cassationshof kann also urtheilen, wie er will, ebenso wie es dem Justizminister freistand, einen Staatsanwalt abzusetzen, welcher eine Gesetzesverletzung lobte. Der Cassationshof kann von Neuem erklären, daß die Mitglieder jener Commissionen gegen die Verfolgung geschützt und daß ihre Papiere in Ordnung sind. Wir haben stets die Unabhängigkeit des Richtersstandes und die Unabsehbareit der Richter verteidigt; aber die Aufgabe wird schwierig, und niemals haben die schlimmsten Feinde der Justiz ihr so tödliche Streiche beigebracht, als diejenigen, welche sie sich selbst beibringt.“ — Gestern sind in allen Kirchen die verfassungsmäßigen Gebete für die beiden Kammern verlesen worden. In Paris las der Cardinal-Erzbischof die Messe in der Kirche Notre-Dame; Mac Mahon und die Minister hörten die Messe in der Schloßkapelle zu Versailles. Heute fand in der St. Augustin-Kirche endlich die Todtenfeier für Napoleon III. statt. Die Bonapartisten hatten sich wie gewöhnlich dadurch kenntlich gemacht, daß sie kleine Beilichenbouquets im Knopfloch trugen. Die Demonstration ging übrigens ganz unbeachtet vorüber. Man sagt, daß der Kriegsminister Berthaut eine Untersuchung gegen mehrere Offiziere, die in Uniform einer imperialistischen Todtenmesse beiwohnten, angedroht hat. — In den nächsten Tagen wird vor dem hiesigen Gerichte ein Proceß zur Verhandlung kommen, der in weiten Kreisen Aufsehen macht. Es handelt sich dabei um eine Klage, welche die Familie Montalembert gegen Loyson (den Pater Hyacinth) angestrengt hat und über welche die „Debats“ sich aus Genf folgende Einzelheiten berichten lassen. Zur Zeit des Sturzes der Königin Isabella von Spanien vollendete Montalembert eine Studie, in welcher er unter dem Titel „Spanien und die Freiheit“ die augenblicklichen Verhältnisse der Porenänhalbinsel mit den ehemaligen Zeiten verglich, wo Spanien das freieste und in Folge dessen das mächtigste Land der Welt war. Der geistreiche Schriftsteller, obgleich durch und durch katholisch gesinnt, stand nicht an, diese Veränderung zum Schlimmen mit dem Anwachsen der päpstlichen Gewalt, der Einführung der Inquisition u. s. w. in Verbindung zu bringen, und er erhob sich am Schlusse gegen die weltlichen Traditionen der römischen Kirche, und insbesondere gegen das Vorgehen der Jesuiten. Diese Arbeit sollte in dem „Correspondant“ erscheinen, allein kaum waren die ersten Abzüge gemacht, als es dem Einflusse hochstehender Personen gelang, die Veröffentlichung zu hintertreiben. Der Verfasser begnügte sich damit, jene Abzüge an seine

intimeren Freunde (namentlich den Pater Hyacinth und Guizot) zu vertheilen, indem er dieselben bevollmächtigte, das Werk nach seinem Tode zu veröffentlichen. Nun hatte Montalembert in seinem Testament am 30. Mai 1864 abgefaßten Testamente die nach seinem Tode vorzunehmende Herausgabe seiner religiösen und politischen Correspondenzen einer aus 4 Mitgliedern bestehenden Commission übertragen und in einem Codicill vom 7. Mai 1869 eines dieser Mitglieder durch den Pater Hyacinth ersetzt. Unterdeß trennte der letztere sich durch seinen bekannten Protest unwiderruflich von Rom. Es entspann sich in Folge davon ein lebhafter Briefwechsel zwischen beiden Freunden; aber obwohl Montalembert schmerzlich durch den Schritt Loyson's berührt worden, dauerte doch das gute Einvernehmen zwischen ihnen fort, und Montalembert dachte nicht daran, seine Manuscripte zurückzuverlangen. Groß war also das Erstaunen des Pater's Hyacinth, als derselbe nach Montalembert's Tode erfuhr, daß die in jenem Codicill ihm ertheilte Befugniß durch einen neuen Zusatz zu dem Testament für null und nichtig erklärt worden. Loyson zeigte der Familie des Verstorbenen an, daß er die Abzüge, sozusagen das Manuscript des Werkes über Spanien besitze, daß er die formelle Erlaubniß zur Veröffentlichung erhalten habe und daß er dem Wunsche Montalembert's gehorchen werde, wenn nicht etwa die Familie selber die Herausgabe übernehme. Hierzu erklärte sich die Familie bereit, aber es wurde von ihrer Seite kein weiterer Schritt gethan. Der Pater Hyacinth drohte, im Falle längerer Zögerung zur Veröffentlichung zu schreiten. Die Familie protestirte nicht weiter und das Werk erschien am 1. Januar 1876 in der „Bibliothèque universelle“ von Lausanne. Die Veröffentlichung machte großes Aufsehen in der katholischen Welt; die Polizei schritt in Paris zu der Confsicirung der wenigen Exemplare, welche noch vorhanden waren, und die Familie Montalembert strengte einen Proceß gegen den Pater Hyacinth an. Da aber inzwischen der Director der „Bibliothèque universelle“, Pallath, die Verantwortlichkeit der Veröffentlichung übernommen hat, so wird vermuthlich das hiesige Gericht sich für incompetent erklären und die Sache dem Gerichtshof von Lausanne überweisen. — Der Justizminister Martel hat bis zum 25. Januar Urlaub genommen. Die Ernennung des Deputirten Rameau zum Bürgermeister von Versailles wird heute als gewiß gegeben.

Paris, 16. Jan. [Der Bischof von Versailles und die Demokratie. — Die „Debats“ über die orientalische Frage.] Bei den kirchlichen Feierlichkeiten, welche am Sonntag die neue parlamentarische Session einleiteten, hat sich wieder der Bischof von Versailles, Herr Mabile, hervorgethan. Im Beisein des Marschall-Präsidenten und der Minister hielt er in der Schloßkapelle zu Versailles eine Anrede an die Deputirten, worin er den gegenwärtigen Tendenzen der Mehrheit äbel mißspielte. Er entwickelte unter Anderem den Gedanken, daß die Demokratie die Tochter der Kirche sei und daß sie auf schreckliche Abwege gerathe, wenn sie nicht an der Kirche festhalte, wenn sie sich von einer Presse leiten lasse, welche den Katholicismus alle Tage aufs Aeupferste beschimpft, wenn sie fortfahre, aus den vergifteten Quellen des Atheismus zu trinken u. s. w. Mit dieser bischöflichen Predigt geht heute die „Republique“ ins Gericht. Herr Mabile, sagt sie, wandte sich an Männer, welche sich geeinigt haben, um dem Lande eine verständige Politik der Eintracht und Bewehrung zu verschaffen; er führte eine bittere, hochmüthige Sprache, welche mehr geeignet war, die Leidenschaften aufzureizen, als sie zu beruhigen. Er hat sich eine schwere Versündigung gegen den Anstand zu Schulden kommen lassen. Wir wissen wohl, daß die Bischöfe sich über alle Gesetze erhaben glauben, daß sie sich nicht scheuen, an den Ersten Besten die unpassendsten Strafreden zu richten. Sie sind jetzt überzeugt, daß sie Kraft göttlicher Einrichtung alle Rechte, die sie sich zuschreiben, auch wirklich besitzen, übrigens versichern sie, daß es ihre erste Pflicht ist, die Herde zu weiden, die ihnen anvertraut worden. Der Bischof von Versailles glaubt einen Theil seiner apostolischen Sendung erfüllt zu haben; mit dieser Rechtfertigung kann er Alles, was er denkt und sagt, beschönigen, es giebt eben Grenzen, die Niemand überschreiten kann. Der Bischof hat sich herbeigelassen, ein Wort von der Demokratie zu sagen, ohne Zweifel um in seinen eigenen Augen den Namen eines Mannes unserer Zeit zu verdienen. Aber man mag immerhin Bischof sein, man kennt darum die Demokratie noch nicht, weil man sich das Recht anmaßt, sie zu beschimpfen. Wenn Herr Mabile die Demokratie die Tochter der Kirche des Evangeliums nennt, so bemerken wir nur, daß er mit dem bekannten Anspruch der Kirche hervortritt, die ganze moderne Welt unter ihre Abhängigkeit zu bringen. Dieser Bischof will alle diejenigen, die er verleumdet und beleidigt, unter seinen Krummstab zurückführen. Er möge uns nicht weiter mit seinen Beschwörungen behelligen, welche unter anderen Fehlern auch den haben, daß sie nicht an ihre Adresse gehen. Hat der Syllabus nicht gesagt, daß der Papst sich nicht mit der modernen Gesellschaft vertragen kann? Was wollen also diese Bischöfe und Präfecten des Papstes von uns? Man muß Herrn Mabile ins Gedächtnis rufen, daß die Vertreter der öffentlichen Gewalten nicht eingesetzt worden sind, um sich seine Predigten gefallen zu lassen, und wir denken, daß er im nächsten Jahre ein gutes Beispiel bischöflicher Klugheit geben wird, indem er seinen politischen Manifesten entsagt.“ — Die 32 Bischöfe, welche zur Gründung der kathol. Universität von Paris beauftragt gewesen sind, treten heut abermals zusammen, um über die Einrichtung einer medicinischen Vorbereitungsschule zu beraten. — In der orientalischen Politik der „Debats“ ist seit 24 Stunden ein vollständiger Umschlag eingetreten. Aus den letzten Nachrichten von Konstantinopel hat das türkenfreundliche Blatt jetzt die Ueberzeugung gewonnen, daß die Schuld eines Mißlingens der Konferenz nur an der Pforte liegen würde, da die europäischen Vertreter sehr annehmbare Forderungen stellten. „Der Friede oder der Krieg, sagen die „Debats“, hängt jetzt einzig und allein von der Mäßigung der Türkei ab, und wenn der Krieg ausbricht, so wird die Türkei dafür verantwortlich sein. Sie wird auch am Schwersten sein Gewicht tragen. Wir fürchten, daß man sich in Konstantinopel einigen Täuschungen über den möglichen Ausgang eines solchen Krieges hingiebt. Die Türken haben ohne Zweifel eine starke Defensivgewalt, aber eben auch nur eine Defensivgewalt, und das Resultat des Kampfes zwischen ihnen und den Russen würde also von der Anzahl und Dauer der Hilfsmittel abhängen, die man beiderseits aufstreiben kann.“ Es ist klar, daß der letzte Vortheil Rußland verbleiben wird. (Bisher schien das den „Debats“ sehr fraglich.) Die Pforte wird in einem Feldzuge, vielleicht in zweien, siegen, aber auf die Dauer wird sie sich erschöpfen. Sie muß auch große Rücksicht nehmen auf die Gefahr, welche sie im eigenen Lande bedroht, während sie die Grenzen verteidigt; man weiß, wie sehr das unglückliche Land in sich zerspalten ist und wie leicht es einem geschickten Feinde werden würde, innere Aufstände herbeizuführen. Wie dieselben unterdrücken? Durch ein Gemedel? Das System ist schlecht und es hat die Pforte schon viele Sympathien beraubt; die Klugheit sowohl wie die Menschlichkeit verbieten seine abermalige Anwendung. Es ist also unmöglich vorauszufragen, welche unerwarteten und schrecklichen Verwickelungen im Laufe des Krieges eintreten können, und was das Endergebnis angeht, so ist dasselbe fast gewiß. Rußland, welches vor einigen Monaten nicht fertig war, hat wunderbare An-

strengungen gemacht, sein Heer zu organisiren . . . Möge die Pforte sich also vorsetzen. Die Konferenz hatte sie zur Verweisung gebracht; man sieht die Folgen dieses Fehlers. Die Türkei ihrerseits hätte Unrecht, Rußland — nicht zur Verweisung zu bringen, aber es in die Nothwendigkeit zu versetzen, den Degen zu ziehen. Wenn Rußland einmal den Krieg begonnen, würde es nicht innehalten, bis ihm Genugthuung geworden, und diejenigen, welche die ritterliche Eigenliebe und die Leidenschaften dieses großen Volkes kennen, können nicht daran zweifeln, daß dasselbe eher alles daran wenden wird, ehe es auf diese Genugthuung und auf die Rache am Feinde verzichtet.“

Paris, 15. Januar. [Die Weltausstellung und Deutschland.] Das „Journal des Debats“ bedauert bei Besprechung der künftigen Pariser Weltausstellung die Nichtbetheiligung Deutschlands und erinnert dabei an die günstige Aufnahme, welcher die Idee im Anfang in verschiedenen Kreisen jenes Landes sich erfreut habe. Frankreich werde weder auf den Entschluß Deutschlands stolz, noch darüber böse sein; falls letzteres sich aber besser besinnen und endgiltig bestimmen sollte, würde man das Mögliche thun, um ihm immer noch den prächtigen Platz, der ihm bestimmt gewesen, einzuräumen.

„Nur eines“, schreiben die „Debats“, liegt uns am Herzen, wir möchten zeitig genug den schlimmen Deutungen zuvorkommen, die man unsern Gedanken zu einer Weltausstellung zu geben sucht. Zuweilen hat man uns beschuldigt, unsere kriegerischen Rüstungen hinter friedliebenden Demonstrationen zu verbergen; ein andrer Mal hat man uns vorgeworfen, Europa mit unserm Luxus und unserer Wohlthat demüthigen zu wollen. Dies ist reine Verleumdung. Wenn wir an Krieg dächten, würden wir unsere Mittel mit kostspieligen industriellen Festlichkeiten vergeuden? Nach unserm Unglück hatte sich ganz Europa eingebildet, wir würden uns in den Egoismus unserer Trauer und unserer Rachsucht einsperren. Da wir von der ganzen Welt im Stich gelassen worden, wären wir nicht berechtigt gewesen, die Interessen der ganzen Welt unserm Durste nach Vergeltung aufzuopfern? Im Ausland konnten wir aus allen Kräften die Slaven gegen die Deutschen aufheizen, die Fortschritte des Panславismus begünstigen, allen Eroberungsplänen blindlings die Hand bieten, so viel wie möglich das Feuer der religiösen Streitigkeiten bei unsern Siegern anzufachen, um jeden Preis die ultramontanen Leidenschaften uns zum Altrien machen; während wir im Innern unsere liberalen Hoffnungen, unsere industriellen Fortschritte aufgeschoben, hätten wir uns den reactionären Parteien preisgegeben und in einer starken Concentrirung der Staatsgewalt einen Zuwachs von Macht und eine rasche Entwicklung der kriegerischen Energie gesucht. Diejenigen, welche den Proceß des Grafen von Armin aufmerksam durchlesen haben, wissen, daß Fürst Bismarck von unserer Seite ein Venehm befechtete, welches allerdings für Europa eine wahre Gefahr werden konnte. Statt dessen hat Frankreich nach einem leicht erklärlichen Schwanken an die edlen Ueberlieferungen seiner Geschichte wieder angeknüpft. Dem Ausland gegenüber in Folge seiner Niederlagen waffenlos, hat es nichts desto weniger bei allen internationalen Kriegen, wobei es Zuhäuer war, die Haltung friedlicher Neutralität, die seinen uneigennütigen Bestrebungen geziemt, zu handhaben gewußt. Zu gleicher Zeit nahm es zu Hause die Verjuche zur constitutionellen Organisation der Demokratie wieder auf, und bemühte sich, Licht zu verbreiten, über die großartigen politischen und sozialen Probleme, von deren Lösung die Zukunft der modernen Welt abhängt. In wenig Jahren hat es einen Theil seiner geistigen und materiellen Reichthümer wieder erworben. Da ichen ihm, der Augenblick sei gekommen, Europa zu zeigen, was es gethan, was es zu thun noch vor habe, die Arbeiten, welchen es seine Thätigkeit gewidmet, die Ideen, welche seinen Geist in Anspruch nehmen, und deren Beschaffenheit eine Bürgschaft ist für seine friedlichen Vorsätze. Daher der Gedanke einer Weltausstellung.“

[Maßregeln gegen bonapartistische Kundgebungen in der Armee und unter den Präfecten. — Die Mission Jules Simon's.] Wie verlautet, ist gegen die Offiziere der activen und Territorialarmee, welche am 9. Januar dem Gottesdienste zu Ehren des verstorbenen Napoleon III. anwohnten, Untersuchung eingeleitet worden. Die Regierung, schreibt man der „R. Ztg.“ will nämlich unter keinen Umständen dulden, daß die Armee bonapartistische Kundgebungen macht. Gegen die Präfecten soll auch eine Maßregel ergriffen werden. Man wird dieselben in Zukunft streng überwachen und zu diesem Zweck Präfectur-General-Inspectoren ernennen. Wie man in sonst wohl unterrichteten Kreisen berichtet, sind diese verschiedenen Maßregeln hauptsächlich gegen die Bonapartisten und keineswegs gegen die übrigen Anti-Republikaner gerichtet, die, obgleich der Präsident des Conseils heute ein alter Republikaner ist, mehr Macht haben, denn je und darauf hinarbeiten, den Herzog von Aumale an die Spitze der Regierung zu bringen. Bis jetzt ist kein einziger orleanistischer gesinnter Präfect abgesetzt worden. Einen Theil der Clericalen haben die Orleanisten für sich, namentlich den Erzbischof von Paris. Daß Dupanloup ihnen längst angehört, braucht wohl nicht noch wiederholt zu werden. Die Organe des Bischofs von Orleans sagen ganz offen, daß die Mission Jules Simon's einfach darin besteht, die gemäßigten Republikaner, die früher Orleanisten waren, den „Princes“ zurück zu gewinnen. Jules Simon ist es gelungen, die Linke und das linke Centrum zu bestimmen, keinen Deputirten, der gegen die Budgetrechte des Senats gestimmt, in die Budget-Commission des Senats zu wählen. Es scheint sogar in dieser Hinsicht zu einem Abkommen mit den Mitgliedern der Rechten, die Bonapartisten ausgenommen, gekommen zu sein; dieselben wollten bei der Wahl der Budget-Commission für die Mitglieder der Linken stimmen, welche sich verpflichten, die Annahme des Budgets zu beschleunigen.

[Die Einnahmen des Pariser Octroi im Laufe des Jahres 1876 betragen sich auf 123 Mill. Fr. Die im Budget vorausgesehene Summe betrug bloß 118 Mill., so daß die Stadt einen Ueberschuß von 5 Mill. hat. Dieser soll, den Absichten des Senatspräsidenten zufolge, zu Straßenausbauarbeiten verwendet werden. Außer jenen 123 Mill. werden noch ungefähr 70 Mill. für den Staatschatz erhoben, so daß die Einnahmen an den Thoren von Paris im Jahre 1876 193 Mill. betragen haben.]

Großbritannien.

London, 15. Jan. [Ritualistische Gesetzesverletzungen.] Unsere Ritualisten, schreibt man der „R. Z.“, sind wieder gegen die Staatsbehörde in hellem Aufruhr. Diese Erhebung gegen das Gesetz beschränkt sich nicht allein auf die vor Allem acut betroffene Vorstadt Hattham, wo der widerspenstige Pfarrer Tooth zur Zeit noch einer kurzen Hentersfrist genießt, ehe er zum nützbringenden Nachdenken über den schönen Text „Jedermann sei unterthan der Obrigkeit“ in Gefängniß gesperrt wird. Mag seine Widerspenstigkeit Ursache oder Symptom sein, an allen Ecken und Enden regt sich wieder der rebellische Geist der pugschichtigen Clerisei, und es sind bereits verschiedene neue Klagen vor dem geistlichen Gerichtshof in Vorbereitung. Am Schlimmsten macht es allerdings obengenannter Herr Tooth. Da er offen dem Gesetze und den Urtheilen des geistlichen Gerichtshofes Hohn gesprochen und dem Divocesantischöfen den Gehorsam verweigert hat, so verordnete der geistliche Richter, Lord Penzance, am Sonnabend seine Verhaftung. Leider ließ sich dieselbe nicht auf der Stelle ausführen, da der Verhaftsbefehl der Gegenzeichnung durch den Vorkanzler bedarf, welcher sich zur Zeit auswärts befindet. Vorausichtlich trifft der Befehl heute ein, und es werden sich dann nur noch die beiden Grasschaften Kent und Surrey, auf deren Grenze Hattham liegt, um die Ehre zu reißen haben, welche dem Herrn Prediger im Grasschafts-Gefängniß freies Quartier geben soll. Da der Verhaftsbefehl über Sonntag ruhte, so kam es gestern nicht nur zu einer neuen Gesetzesverletzung, sondern zu einer größeren Ruhestörung. Es sollen mehrere Tausend Menschen sich zum Krawall in Hattham eingefellt haben und es waren über 200 Polizisten auf dem Fleck. Der Bischof von Rochester hatte für gestern gänzliche Schließung der Kirche ange-

ordnet. Der Pfarrer setzte auch am eigentlichen Tage den Gottesdienst aus, hielt indeß zwei Früh-Communionen.
[Der tolosale Monolith.] Den der Visekönig von Ägypten der englischen Regierung geschenkt hat, bekannt unter dem Namen: „Die Nabe der Kleopatra“, soll nach langem Aufschub nun doch seine Verwendung finden. Bisher wurde seine Ueberführung nach England als Unmöglichkeit bezeichnet. Vor Kurzem berichtet ein hiesiges Blatt, daß ein Mittel zur Bewerkstelligung des Transportes entdeckt worden sei, und nunmehr ist dasselbe wirklich zur Ausführung gekommen. Die „Nabe“, — ein Obelisk aus dem 16. Jahrhundert vor Christus — wird derart in Bretter und andere leichte, schwimmfähige Umhüllung verpackt, daß sie flößbar wird. — Aller Wahrscheinlichkeit nach wird sie auf dem Rheinfloß-Dam oder in der neuen Straße, welche von diesem nach dem Trafalgar-Square führt, Aufstellung finden. Die Kosten sollen dem Anschlag nach auf nicht mehr als 7—8000 Pfd. Sterl. zu stehen kommen.

Osmanisches Reich.

P. C. Erzerum, 2. Jan. [Kriegsvorbereitungen.] Nach den ungeheuren militärischen Vorbereitungen, welche die Türkei in türkisch-Armenien trifft, wird Niemand zweifeln können, daß man den Krieg mit Rußland als unvermeidlich betrachtet. Seit mehreren Monaten trifft von Konstantinopel Munition aller Art und Belagerungsgeschütz in Erzerum ein, von welsch letzterem ein großer Theil sofort nach Kars und den übrigen nahe der russischen Grenze liegenden besetzten Plätzen dirigiert wird. Truppen aller Waffengattungen langer von allen Seiten an, von Konstantinopel ebenso, wie von Moskau, Diarbekir und den übrigen Centren Mesopotamiens, und die Magazine der Festungen und Städte werden reichlich mit Mundvorräthen versorgt. Rechnet man hierzu noch die Bildung einer aus mohamedanischen und armenisch-christlichen Bürgern zusammengesetzten Nationalmiliz, welche regelmäßig zweimal wöchentlich ihre Uebungen macht, so wird man sich eine Vorstellung von dem belebten und durchaus kriegerischen Bilde machen können, das diese Stadt seit einiger Zeit darbietet. Thatsächlich wird die Eroberung von Kars und Erzerum heute mit weit größeren Schwierigkeiten verbunden sein, als zur Zeit des Krimkrieges. Seit zehn Jahren war der türkische Generalstab beständig thätig, um in diesen beiden Städten sehr wichtige und nach Angabe kompetenter Personen auch vollständig gut angelegte Befestigungsarbeiten auszuführen. Diese Arbeiten sind mit einigen Ausnahmen vollendet und man ist eifrig und ohne Unterlaß daran, die noch vorhandenen Lücken auszufüllen. Die von der Regierung mit großen Kosten zwischen Trapezunt und Erzerum angelegte Fahrstraße hat, wiewohl sie mangelhaft unterhalten ist, den Transport schwerer Geschütze hierher ermöglicht, mit welchen heute die Batterien der Stadt ausgerüstet sind. Ebenso verfügt Kars über eine respectable Artillerie. Alles gestattet daher die Annahme, daß diese beiden Plätze für sich allein, ausgiebig armirt und verproviantirt, und von einer täglich anwachsenden Armee vertheidigt, den Feind leicht aufhalten und ihn selbst zum Rückzug zwingen werden.

Samih Pascha, welcher die Functionen eines General-Gouverneurs mit jenen des Ober-Commandanten des in Erzerum stationirten vierten Armee-Corps cumultirte, wurde über sein Ansuchen vom ersten Posten entbunden, um seine ganze Thätigkeit dem Militärwesen zuwenden zu können. Zu seinem Nachfolger in der politischen Verwaltung wurde der ehemalige Gouverneur von Diarbekir, Ismail Pascha, ernannt, der wohl kein erfahrener Verwaltungs-Beamter ist, aber ein unter den obwaltenden Umständen nicht zu unterschätzendes Verdienst für sich hat. Er ist nämlich von Geburt Kurde und steht bei den nomadischen Kurden unserer Gegend, sowie Mesopotamiens, in hohem Ansehen. Für den Fall eines Krieges mit Rußland dürfte es ihm ein Leichtes sein, mehrere kurdische Reitercorps aufzustellen. Man glaubt, daß ein von ihm ausgehender Appell bei diesen halbwildern Nomaden bereitwilliges Gehör finden dürfte, und daß alle kriegstauglichen Männer der verschiedenen Stämme herbeieilen würden, um unter der Führung ihres Landmannes zu kämpfen. Diese Erwägungen haben ohne Zweifel die Pforte bei der Wahl Ismail Paschas bestimmt.

Alle diese militärischen Vorbereitungen stellen sich für die Landbevölkerung der Provinz als eine fast erdrückende Last heraus. Nachdem ein Theil derselben zum Militärdienste einberufen, ein anderer Theil widerwillig zu Befestigungsarbeiten herangezogen wurde, fehlt es absolut an Arbeitskräften für den Feldbau. Die zurückgebliebenen Landbewohner können die hohen Steuern nicht leisten. Die Militärtaxe für die christlichen Dörfer wurde auf den zweifachen, mitunter selbst dreifachen Betrag erhöht. Mander Weiler, der in gewöhnlichen Jahren 3—4000 Piafter als Militär-Befreiungstaxe zahlte muß heute neben der regelmäßigen Steuern 10—12,000 Piafter zahlen, abgesehen von der sogenannten freiwilligen Steuer (Zane), die in Geld oder Naturalien besteht. Nebst diesen bereits unerträglichen Lasten hat die Regierung den Landbewohnern noch andere auferlegt. Gezwungen, die Festungen Kars und Erzerum zu verproviantiren, forderie sie alle Drittheile auf, je nach ihrer Bedeutung, eine gewisse Quantität Getreide nach diesen beiden Plätzen zu senden, wie nicht minder für den Transport dahin Sorge zu tragen. Die Unglücklichen, welche in Folge Mangels an fahrbaren Straßen zu diesen Transporten ihre Wagen nicht verwenden können, müssen entweder Maultreiber dinsten, denen sie ungeheure Transportkosten zahlen müssen, oder sie müssen sich mit Stadtkaufleuten ins Einvernehmen setzen, die an ihrer Stelle die bestimmte Quantität Getreide abliefern. Dies thun dieselben, jedoch nur unter der Bedingung, daß sich die Landleute verpflichten, ihnen von der nächsten Ernte die zwei- oder dreifache Getreidemenge rückzuführen. Im Ganzen ist die Lage eine ziemlich traurige für die Landbewohner, seien es Christen oder Muselmanen.

Provinzial-Beitrag.

Breslau, 18. Jan. [Circus Renz.] Die Benefiz-Vorstellung des jungen Künstler-Gedars C. Renz jun. und Frau Oceana am 16. d. M. gestaltete sich zu einer Triumph-Vorstellung für die Beneficianten. Beiden wurden mehrere Ovationen zu Theil und das ausverkaufte Haus spendete ihnen den reichlichsten Beifall. Die Stallmeister erschienen an diesem Tage in Gala-costüm, in rother Hose und weissem Grad. Herr C. Renz jun. führte zwei von ihm dressirte Pferde und zwar den arabischen Hengst „Abdul Medschid“ und das Schulpferd „Gravelotte“, beide in Dressur ausgezeichnete Thiere, vor. Der kleine Carl, Neffe des Herrn Director Renz, leitete, als Postillon gekleidet, muntere Reiten auf dem Posthorn blasend und auf den nackten Schienbeinen stehend, 12 Pennys zugleich. Dieser kleine Künstler läßt schon jetzt vermuthen, daß er dereinst dem Künstlernamen Renz volle Ehre einbringen wird. Die Gebrüder Lee, welche hier bereits als Virtuosen auf Violine, Mandoline und im Clavierspiel bewunderten, führten sich diesmal auch als Meister im Spiel auf der Ziehharmonica ein. Den Schluß der Vorstellung bildete ein von 20 Damen in prächtigem Costüm auf ungesattelten Pferden gerittenes Mäxchen, welches alleseitig gefiel.
[Zur Jagd.] Aus Glogau berichtet der „Niederöf. Anz.“: Am 13. d. M. wurde auf der Treibjagd zu Alt-Kranz durch den Förster A. Gleinich ein starkes Reh mit stark aufgesetztem, noch in der Vollendung begriffenen Geweih geschossen. Nach näherer Untersuchung zeigte sich der äußerlich seltene Fall, daß dies ein weibliches Reh war.

X. Neumarkt, 17. Jan. [Tageschronik.] Bei der fortwährend milden Temperatur haben sich hier schon die ersten Frühlingsboten eingefunden. Neferent hat in dem Garten seiner Wohnung Blumen zum ersten Strauß gesammelt und zwar blühende Veilchen und sogenannte Liebesblumen. — Unser freiwilliger Feuerwehr-Verein besteht nach dem letzten Jahres-

bericht aus 123 Mitglieder, die in den Vorständen, 3 Nothen, eine Steiger-Abtheilung und die Signalisten eingetheilt sind. Im Jahr 1876 kam der Verein nur zwei Mal in Thätigkeit. Regelmäßige Uebung, in finden im Sommer statt. Der Vorstand hat mit den Notenföhren 13 gemeinschaftliche Sitzungen gehalten, 1 General- und 3 Quartals-Versammlungen. Aus dem Vorstande scheideten aus die Herren: Klette, Tilgner, Wasserba, el, Sartorius, und wurden wieder resp. neugewählt die Herren: Sartorius, Kachel, Tilgner, Feistel und Kränzelin auf 2 Jahre und Traugott Babel auf 1 Jahr. Das Stiftungsfest wird in Kürze stattfinden.

Girschberg, 17. Januar. [Beisetzung der Leiche des Herrn R. v. Deder.] Gestern früh um 7½ Uhr erfolgte in der Französischen Familiengruft auf dem hiesigen evangelischen Kirchhofe die feierliche einwöchige Beisetzung der Leiche des am 12. d. Mts. in Berlin verstorbenen Besitzers von Girschberg und Kgl. Geh. Ober-Hofbuchdruckers Herrn Rudolph Ludwig v. Deder. Die Ueberführung der Leiche, welche in Begleitung der Söhne des Verstorbenen per Bahn hierher gebracht worden war, in das auf dem Girschberger neuen Kirchhofe zu gründende Mausoleum soll im Laufe des nächsten Sommers stattfinden.

s. Waldburg, 14. Jan. [Kreisverwaltungsbeschlüsse.] Der auf dem letzten Kreistage vorgelegte Kreis-Communal-Kassen-Stat für das Jahr 1877 ist in Einnahme und Ausgabe auf 157,300 Mark festgestellt worden. Hinsichtlich der Wegeverhältnisse im Kreise ist folgendes beschlossen worden: 1) Der Kreis übernimmt vom 1. Januar 1878 ab vorläufig auf die Dauer von drei Jahren die Verwaltung und Unterhaltung der innerhalb des Kreises belegenen Provinzial-Chaussees auf Grund der von dem Provinzial-Ausschuß in Gemäßheit der überreichten Anschläge alljährlich ausgeprochenen Bewilligungen mit der Maßgabe, daß notwendige, von der Kreisverwaltung zu begründende Ueberlieferungen des Anschlages der Kreisverwaltung bedürfen, Erparnisse gegen den Anschlag der Provinz zu Gute kommen und unter der Bedingung, daß der Kreis, nachdem er die Anstellung eines nach § 14 des Reglements für die Chaussee- und Wegebau-Verwaltung der Provinz Schließen qualifizierten Baubeamten nachgewiesen hat, der directen Controle des Landeshauptmanns resp. Landes-Bauraths ohne die Zwischen-Schaltung eines Landes-Bau-Inspectors unterstellt wird. 2) Der Kreis stellt vom 1. Januar 1878 ab einen Kreis-Baubeamten mit einem Gehalt von 3600 bis 4000 Mark, freier Dienstwohnung nebst Bureau und einem Reisekosten-Pauschquantum von 600 Mark jährlich an. Der Kreiswege-Commission wird jedoch die Ermächtigung ertheilt, für den Fall, daß die Wegebauten im Kreise es erforderlich machen, einen Baubeamten schon vom 1. April 1877 ab gegen eine tägliche Remuneration von 10 Mark anzunehmen. 3) Es sind ferner seitens des Kreistages unter der Voraussetzung, daß die Provinz dem Kreise Waldburg für das Jahr 1877 an Wegebaugeldern mindestens einen Betrag von 30,000 Mark gewährt, der Kreiswege-Commission neben den durch den Etat für Wegebauten ausgeworfenen Beträgen die zum Ausbau des Communicationsweges Donnerau-Reimsbad-Reimsbaldau mit seinen beiden Abzweigungen nach Langwalsdorf und Steinau bez. Kreis-Chaussee noch erforderlichen Mittel in der anslagsmäßigen Höhe von 45,000 Mark mit der Ermächtigung zur Verfügung gestellt worden, dieselben event. im Wege des Darlehns zu beschaffen.

—ch— Dypeln, 17. Jan. [Minderpest.] Nach hierher gelangten Nachrichten ist die Minderpest auch in der Stallung der Actien-Zuckerfabrik „Concordia“ zu Bries (bereits gemeldet) bei zwei auf dem letzten Breslauer Markte von einem Händler aus Benthien O.S. gekauften Ochsen constatirt worden. In Folge dessen hat sich die hiesige kgl. Regierung veranlaßt gesehen, durch Bekanntmachung vom heutigen Tage 1) für den ganzen Umfang ihres Bezirkes das Abhalten von Viehmärkten, sowie jede Ansammlung von Vieh aller Art zu untersagen; 2) die nach unserem früheren Berichte bereits für die Kreise Gr.-Strehlitz, Dypeln, Cosel und Oleisn angeordnete Hornviehcontrole nach Maßgabe des § 9 der reb. Instruction vom 9. Juni 1873 noch auf die Kreise Jallenberg und Grottau auszu dehnen; 3) ist angeordnet worden, daß die Erlaubnis zum Transporte von Vieh, von Dünger, Raufutter, Stroh und anderen Streumaterialien auch in den Kreisen Jallenberg und Grottau nur von dem betreffenden Landrathsamte, aus dessen Kreise das Vieh oder jene Gegenstände stammen, erteilt werden kann. Das nöthige Vieh zum Fleischconsum darf nur unter Aufsicht der mit der Veterinärpolizei betrauten Behörden (also z. B. aus der Amtsvorsteher) gekauft werden; 4) Uebertretungen dieser Anordnungen werden gemäß §§ 327 u. 328 des deutschen Strafgesetzbuches geahndet werden.

Schwientochow, 15. Jan. [Aus dem Südkreis Benthien.] In kürzester Zeit wird die Apotheke hier eröffnet werden. Zu diesem Bedufe lieh der betreffende Apotheker, Herr Knechtel aus Berlin, einen bedeutenden Theil von Apothekermaterialien hierher pediren und in einem der Räume für die künftige Apotheke unterbringen. Des andern Morgens um 4 Uhr brach im Lagerraum ein einmal Feuer aus und vernichtete fünf stoffen solcher Waaren. Genanntem Herrn ist dadurch ein Schaden von ca. 1500 Mark erwachsen. — In Lipine brachen Diebe in das Geschäfts-local des Consum-Vereins und entwendeten einen sehr bedeutenden Theil der Waaren. Bescheidener indeß waren ebensolche Genossen in der Nacht vom 13. bis 14. h. Diefelben erbrachen das kleine Stallfenster im Geböde des Hausbesizers Prylit hier und troden durch dasselbe in den Stall. In demselben befanden sich zwei wohlgenährte Kühe, ein fettes Schwein und eine feiste Gans. Nachdem die Diebe die Stallthür nicht ohne Anstrengung geöffnet hatten, nahmen sie die feiste Gans und zogen von dannen. Alles Uebrige blieb unberührt. Das nennt man doch bescheiden! Als der Sohn des Hausbesizers Morgens die Stallthür offen findet, ist sein Schrecken groß! Er ruft die Hausbewohner, die bestürzt zum Stalle eilen. Hier aber vermißt man nur die Gans und ebenso groß ist jetzt die Freude! — Im nahen Dorfe R. geriethen einige Vergleute vor einiger Zeit beim Bechen in Streit. Beim Handgemenge wurde einer derselben aber so hart an einen Tisch geschleudert, daß er beunruhigt auf die Diele stürzte. Man brachte ihn sofort ins Knappschafts-lazareth und zweifelt der dortige Arzt sehr an seinem Auskommen. — Der Krankheitszustand hat sich hierorts ziemlich gebessert. — Die Stelle eines Arztes, der nebenbei gesagt auf ein fixirtes Einkommen von 2500 Mark rechnen kann — ist noch unbesetzt und dürfte für junge, intelligente Aerzte unser volkreicher Industrieort, als ein lohnendes Arbeitsfeld, der Empfehlung wohl werth sein.

Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen.

W. Rawitsch, 15. Jan. [Wahlresultat.] Jene die Wahlresultate im hiesigen Kreise bekannt werden, einen um so ungünstigeren Eindruck machen dieselben, namentlich wenn sie mit den Resultaten der Wahl im Jahre 1874 verglichen werden. Die Anzahl der abgegebenen gültigen Stimmen ist ungefähr dieselbe geblieben. Diefelbe betrug in beiden Fällen jedesmal ca. 12,500. Während aber 1874 der Candidat der reichstreuen Parteien Fürst Hasfeld 5169 Stimmen erhielt, sind gegenwärtig für Nittergutsbesitzer Kennemann nur 3715 Stimmen abgegeben. Den hauptsächlichsten Grund dieser erheblichen Differenz wird man darin finden müssen, daß der Vater des früheren Candidaten, der verstorbene Fürst Hasfeld eine im hiesigen Kreise außerordentlich populäre Persönlichkeit war und weite Kreise deutscher Bevölkerung in der Wahl des Sohnes eine willkommene Gelegenheit fanden, ihre dankbaren Gefühle gegen den Vater zu bekunden. Ein derartiges Pietätsverhältnis lag bei der letzten Wahl nicht vor und haben sich daher viele deutsche Wähler in der Ueberzeugung, daß das Wahlresultat für sie kein günstiges sein werde, von der Theilnahme an der Wahl abhalten lassen. Namentlich ist dieses in hiesiger Stadt der Fall gewesen, denn während für Fürst Hasfeld 1618 Stimmen abgegeben wurden, erhielt Kennemann nur 896 Stimmen. Bringt man von der ersten Summe auch die bei der letzten Wahl für den socialdemokratischen Candidaten abgegebenen 396 Stimmen in Abzug, so haben doch ca. 300 Wähler weniger ihre Stimmen abgegeben wie voriges Mal. Dagegen hat sich die Zahl der polnisch-ultramontanen Stimmen in allen Städten des Kreises mit Ausnahme von Punitz vermehrt. In den ländlichen Bezirken des Kreises ist das Stimmverhältnis im Allgemeinen dasselbe geblieben. Diefes That-sachen, so wie namentlich der die meisten Wähler so überraschende Erfolg der Socialdemokraten, werden hoffentlich dazu beitragen, bei einer großen Zahl deutscher Besitzer und Gewerbetreibenden die naibe Vorstellung zu zerstören, daß die Pflichten des Staatsbürgers sich auf Steuerzahlungen beschränken. Die socialdemokratischen Verbündeten halten wir hier, wenn die besitzenden Klassen ihre Pflicht thun, für nicht gefährlich. Jeder Agitator, der die Schäden der Zustände einer Zeit schonungslos bespricht und dann behauptet, er wisse ein Mittel, die Missethäter Aller herzustellen, wird im Kreise solcher Personen denen jedes Verstandnis für wirtschaftliche Fragen fehlt, auf entschiedenen Beifall rechnen können. Mit der zunehmenden Bildung in wirtschaftlichen Dingen und namentlich auch nach genauerer Kenntniss der Zwecke und Ziele der Socialdemokratie, von der gegenwärtig die überwiegende Anzahl der für diese Richtung Stimmenden hier noch keine Ahnung hat, werden alle Urtheilsfähigen begreifen, daß das socialdemokratische Staatsideal eine dem Wesen der menschlichen Natur widersprechende und darum unausführbare Phantasie ist. Dies schließt nicht aus, daß eine besondere Arbeiterpartei so lange bestehen bleibt, als ein Theil der Arbeiter der Ansicht ist, daß die

bestehenden Parteien sein Interesse nicht genügend vertreten. Bei der am vergangenen Sonntag hier stattgehabten Ermittlung des Wahlresultates des Kreises, kam zur Sprache, daß hinsichtlich derjenigen Personen, die nach Aufstellung der Wahllisten ihren bisherigen Wohnis aufgegeben haben, aber zur Wahl nach ihrem früheren Wohnis zurückkehrten, verschieden verfahren ist. In einigen Wahlbezirken sind solche Personen zur Wahl zugelassen, in anderen zurück, erwiesen. Das Gesetz verlangt zur Begründung des Wahlrechtes Wohnis im Wahlbezirk zur Zeit der Wahl, läßt also sowohl die Deutung zu, daß der Wohnis am Wahltag, als auch der zur Zeit der Aufstellung der Listen gemeint sein müsse. Ebenso ergab sich, daß in verschiedenen Risten aufsteigend durch die Wahlvorstände die Namen von Wählern, die nicht in der Riste gestanden hatten, nachträglich eingetragen waren. Ein Verfahren über dessen Unzulässigkeit, kein Zweifel obmal, en kann.

Handel, Industrie u.

Berlin, 17. Jan. Der Verkehr erfreute sich heute größerer Lebhaftigkeit. Auch die Courte der Speculations-Effekten zogen mehr oder minder an. Inwieweit Dedung, Käufe hierbei mitwirkten, ist nicht leicht zu bestimmen. Für die österreichischen Werthe ging der Haufe-Stimulus, nach unserer Wahrnehmung, von Wien aus, und dürften die dabei thätigen Bankhäuser wohl nur im fiskalischen Interesse als Mittelspersonen agiren. Große Posten von Renten — namentlich Papierrenten — wurden übrigens hier placirt, und es mag nicht unerwähnt bleiben, daß sich trotzdem der Cours gut hielt. Gegen Ende der Börse schwächte sich die Haltung ab; man trug sich mit Gerüchten von der Abreise Ignatieffs, der Reise Maniusskys nach Petersburg, doch mag unentschieden bleiben, ob und welchen Einfluß speziell diese unerbürgten Nachrichten äbten. Von London trafen niedrigere Course ein; ihnen mag eher Bedeutung beigelegt worden sein. Von den internationalen Speculations-Papieren fanden — nur österreichische Credit-Actien größere Beachtung. Deisterreichische Nebenbahnen waren durchweg recht fest, theilweise sich aber nur wenig am Verkehr. Eine nennenswerthe Ausnahme machten nur Galizier, die lebhaft umgekauft wurden und auch im Course anzogen. Ebenfalls regeren Verkehr haben die localen Speculations-Effekten aufzuweisen und sind auch für diese Werthe entsprechende Courseerhöhungen zu verzeichnen. Disconto-Commandit 107,75, ult. 107,25—107,75—107,60, Laurahütte 71,00, ult. 71,00—70,90. Die ausländischen Staatsanleihen stellten sich in directen Gegensatz zu der sonstigen Stimmung der Börse; träge und lustlos, fast in matter Tendenz eröffnend, gewannen sie bald eine ganz bedeutende Festigkeit, während der Verkehr meistens an Regsamkeit zunahm; besonders bevorzugt waren österreichische 1860er Loose, aber auch die Renten blieben nicht zurück, nur Italiener schlossen unter vorwaltendem Angebot zu niedrigerer Notiz. Russische Werthe hielten sich auf gestriger Höhe, blieben aber im Ganzen sehr still. 5% Anleihe pr. ult. 81,50—82—81,50. Von preussischen Fonds zeichneten sich neben Prämien-Anleihen auch die Renten-Papiere durch lebhaftere Umsätze aus, ferner waren Bayerische und Badische Prämien-Anleihe begehrt. Eisenbahn-Prioritäts behaupteten sich bei ruhigem Geschäft recht gut. Auf dem Eisenbahn-Actienmarkt flagirte das Geschäft mit wenig Ausnahmen fast ganz. Stettiner gingen sehr lebhaft zu besserem Course um. Anhalter steigend. Potsdamer und Halberstädter dagegen wie die meisten leichten Bahnen gedrückt. Nachen-Maistricher Berlin-Dresdener, Ostpreuss. Südbahn und Tammes-Bahnen in einigem Verkehr. Frankfurter still, aber im Allgemeinen fest. Deutsche Bank bei regem Geschäft anziehend. Centralbank für Industrie beliebt. Gewerbetreibend lebhaft begehrt. Meiningener höher. Norddeutscher Grundcredit belebt und steigend, ebenso Meiningener Hypothekendarlehen. Bodencredit schwach. Industriepapiere theilweise sich nur wenig am Verkehr, Bauverein Königsberg und Lindenbaurer lebhaft und höher, Deutsche Eisenbahnbau nachgeben, Schering chemische Fabrik begehrt, Continentalpapiere und Centralstraße desgleichen, Wolpi und Schlüter rege und in steigender Course, Oberöhl. Eisenbahnbau sehr fest, Durer Kohlen zu gestriger Notiz gefragt, Louise und Centrum anziehend, Tarnowitzer besser, Gelsenkirchen gesucht, Braunschweiger Kohlenwerke setzten eine Courseerhöhung durch, Arenberger niedriger.

Am 2½ Uhr: Schwächer. Credit 230,50, Lombard 122,50, Franzosen 395,50, Reichsbank 152,50, Disconto-Commandit 107,25, Laurahütte 70,75, Köln-Mindener 100,60, Rheinische 110,10, Bergische 80,10, Rumänien 14,50, Türken 11,90, Italiener 71,10, 5% Russ. Anleihe 81,50, Deister. Goldrente 60,60, Silberrente 54,75, Papierrente 49,60.

[Königliche Seehandlung.] Nach dem Verwaltungs-Bericht der königlichen General-Direction der Seehandlung, Societät für das Jahr 1878, welcher jetzt als Anlage des preuss. Staatshaushaltsetats pro 1. April 1877/78 vorliegt, hatten „die Nachwehen der steterhaften Speculation, welche sich nach Beendigung des französischen Krieges aller Vertheilungsgebiete bemächtigt hatten, noch nicht ihr Ende erreicht, sich vielmehr in dem 3. Jahre der Krisis empfindlicher fühlbar gemacht als vorher“. Namentlich hat sich im Effectenverkehr durch weiteren Courserückgang bei verschiedenen Effecten-Gattungen — insbesondere bei Eisenbahn-Actien und Prioritäten — ein Verlust von 1,235,547 M. 37 Pf. ergeben. Derselbe ist durch Gewinn-Realisirungen bei anderen Effecten, insbesondere bei solchen aus Confortial-Geschäften herbeizubringen von 753,929 M. 27 Pf. auf einen Verlust von 481,618 M. 10 Pf. herabgemindert. Ferner ist der Zinsenüberschuß des Jahres 1875 von 1,767,255 M. 57 Pf. gegen den des Jahres 1874 von 2,250,039 M. 77 Pfennige um 482,784 M. 20 Pf. zurückgegangen. Der für das Jahr 1875 erzielte Gewinnüberschuß beträgt nur 1,498,242 M. 77 Pf. In Betreff von der Seehandlung abhängenden Instituten ist folgendes zu erwähnen: Was die Flachsgarn-Maschinen-Spinnerei zu Landeshut in Schleien anbelangt, so litt in 1875 die Flachsgarn-Fabrikation unter dem Einfluß der unzulänglichen 1874er Flachsernte, worauf in 1875 eine totale Misgernte in Schleien und Rußland gefolgt ist, welche bei gleichzeitiger Verschlechterung des Materials die Preise in eine, bis zum gegenwärtigen Augenblicke noch nicht abgeschlossene, steigende Bewegung — bis 9 Mark pr. Ctr. — brachte. Mit der Vertheuerung des Rohmaterials ging eine gleichmäßige Steigerung der Garnpreise nicht Hand in Hand. Die Preise für Flachsgarn behaupten sich mit Mühe auf dem vorjährigen Stand von 85 Mark per Schock, während für Berggarn ein Abschlag von 3 Mark bewilligt werden mußte. Unter diesen Umständen bezieht sich der Reingewinn neben 75,701 M. 30 Pf. 4procent. Zinsen von 496,960 Mark des Anlage-Capitals und von 1,395,570 Mark des Betriebs-Capitals auf nur 95,924 M. 75 Pf. — 11,300 Mark mehr als im Vorjahr. Der Ertrag repräsentirt eine 9,07 procentige Verzinsung der in dem Unternehmen angelegten Fonds, gegen 8,03 pCt. im Jahre 1874. Was die Seitens der Seehandlung für fremde Rechnung bewirkten Geschäfte betrifft, so wurden für Rechnung des Königl. Finanzministeriums 9,555,000 M. 4½procentige consolidirte Staats-Anleihe-Obligationen, 779,400 4procentige Staats-Anleihe-Obligationen der 1850/52, 1,371,000 M. 4procentige dergl. der 1868, 724,841 M. 31 Pf., 57,400 M. diverse Effecten und die ult. Decbr. 1874 im Bestande verbliebenen 158,772 Livre 22 Schill. 3 Pence in Wechseln per London verkauft. Ferner sind für Rechnung des Finanz-Ministeriums aus den der Seehandlung behufs der zinsbaren Belegung überwiebenen Fonds 17,906,393 M. 21 Pf. in Wechseln per Berlin und 33,528,730 M. 63 Pf. desgl. per diverse Bankplätze, zusammen 51,435,123 M. 84 Pf. discontirt, sowie 6,540,000 Mark Lombard-Darlehen gegen genügendes Unterpfand zum Zinsfusse von 3½ bis 4½ pCt. p. a. gewährt worden. Die Schuld auf Seehandlungs-Obligationen war ult. December 1875: a 3½ pCt. Zinsen, welche sämtlich zur Rückzahlung gekündigt sind, einschließlich der rückständigen Zinsen bis zum Zahlungstermine den 1. Sept. 1862 10,084 M. 61 Pf., a 2½ pCt. Zinsen nebst den rückständigen Zinsen 1,167,563 M. 04 Pf., zusammen 1,177,637 M. 65 Pf., mithin sind gegen die ult. 1874 verbliebene Schuld von 1,211,641 M. 28 Pf. im Laufe des Jahres 1875 34,003 M. 63 Pf. mehr zurückgezahlt als belegt worden. Auf Seehandlungs-Obligationen a 2½ pCt. wurden in 1875 125,320 Mark eingezahlt und dagegen 300 M. a 3½ pCt., 160,380 Mark a 2½ pCt. abgehoben. Bei dem Effecten-Verkehr hat sich am Schlusse des Jahres 1875 ein Verlust abzüglich des Gewinnes von 481,618 Mark 10 Pf. ergeben. Für eigene Rechnung wurden an Effecten 3,164,140 M. angekauft, resp. aus Confortial-Geschäften übernommen und 2,891,300 M. verkauft, wogegen die An- und Verkäufe von Effecten u. sonstige Geschäfte für fremde Rechnung 169,176,567 Mark betragen haben. Bei größeren Confortial-Geschäften hat sich die Seehandlung theilhaftig durch Uebernahme von 4procentiger Badischer Anleihe der 1875, 4procentiger Hamburgischer Staats-Anleihe der 1875, 4procentiger Königlich Sächsischer Staats-Anleihe diverser Jahrgänge, 4½procentiger Münchener Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen, 4½procentiger Preussischer Ludwigsbahn-Prioritäts-Obligationen, 4½procentiger Breslauer-Schweidnitzer-Freiburger Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen Lit. K., 6procentiger Ungarischer Goldrente. Die ersteren fünf Geschäfte sind bereits in 1875 abgewandelt worden, die übrigen sind noch zu erledigen. Laut Stat für das Jahr 1875 sind aus den Fonds der Seehandlung an die General-Staatskasse zum Staatshaushalt abgeführt 4,000,000 M.

Posen, 16. Januar. [Börsenbericht von Edwin Berwin Söhne.] Wetter: Thau. — Roggen: Still. Rindungspreis — M., per Januar

